



Nr. 29/2009

19.06.2010

Gegen Denkverbote und politische Kastration!

SPD zum Haushalt 2010: Wir werden uns nicht aus der Krise heraus sparen können

Zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Flensburger Haushalt und im Vorfeld der Haushaltsberatungen 2010 erklärt Helmut Trost, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion:

Die Flensburger Finanzkrise ist nicht hausgemacht. Sie entspringt nicht fehlender Ausgabedisziplin, sondern ist Folge eines fatalen Wegbrechen der Einnahmesituation. Deshalb werden wir uns in Flensburg nicht aus der Krise heraus sparen können – trotz größter Einsparbemühungen und verantwortungsvoller Ausgabenpolitik. Im Gegenteil: Die Krise wird uns doppelt treffen, nämlich bei den fehlenden Einnahmen und den wachsenden Verpflichtungen im Sozialbudget. Dort ist es unsere Aufgabe, den Flensburgerinnen und Flensburgern, die von den Auswirkungen der Krise besonders getroffen sind, so weit wie möglich zu helfen

Erste Schätzungen der Verwaltung haben ergeben, dass dem Flensburger Haushalt im nächsten Jahr in großem Umfang Einnahmen fehlen werden. Dem ersten Eckwerteentwurf der Verwaltung zufolge wird die Summe aller Einnahmen von 133,9 Millionen Euro auf 123,7 Millionen sinken (im Vergleich zum Planansatz 2009). Besonders schmerzlich sind die Einbrüche bei der Gewerbesteuer (geschätzt minus 10 Millionen) und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (minus 3 Millionen). Demgegenüber wachsen die Verpflichtungen im Fachbereich Soziales. Dies betrifft vor allem den Bereich Erziehungshilfen und deutliche Fallzahlensteigerungen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, aber auch bei der Hilfe zum Lebensunterhalt. Hier müssen wir der wirtschaftlichen Entwicklung Tribut zollen, hier müssen Rat und Verwaltung deshalb ihre Verantwortung wahrnehmen.

Keine Lösung ist es, den Mitgliedern der Ratsfraktionen Denkverbote aufzuerlegen. Es ist nichts anderes als der Versuch einer politischen Kastration, wenn die Verwaltung pauschal vorschlägt, von vornherein auf alle Maßnahmen zu verzichten, die noch nicht entschieden sind. Niemand will Wunschkonzerte finanzieren, aber wir müssen das Notwendige machbar und das Unverzichtbare finanzierbar machen. Vor allem im Bereich Bildung und Soziales - notfalls in kleinen Schritten, gleichzeitig immer auf der Suche nach Gegenfinanzierungen und Einnahmeverbesserungen.